

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

17. WP - 5. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. Februar 2010, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Heike Franzen (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Mark-Oliver Potzahr (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antje Jansen (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Olaf Schulze (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. 2010 - „Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“	4
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/57	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/59	
2. Keine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke	11
Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/79	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/214	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/218	
3. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 14:15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

2010 - „Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE
und SSW
Drucksache 17/57

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/59

(überwiesen am 16. Dezember 2009 an den **Sozialausschuss** und an den
Europaausschuss)

Abg. Sassen legt dar, den Koalitionsfraktionen sei es ein Anliegen, dass das öffentliche Bewusstsein für Armut und soziale Ausgrenzung geschärft und sensibilisiert werde. Vor diesem Hintergrund schlage sie vor, dass der Landtag am internationalen Tag gegen Armut, dem 17. Oktober 2010, im Landeshaus eine Veranstaltung unter Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände und bei Medienpräsenz durchführe.

Abg. Baasch hält den Antrag der Oppositionsfraktionen für weitgehender als den der Regierungsfaktionen. Er hätte erwartet, dass in dem Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung nicht nur die bekannten Projekte benannt würden, sondern neue Projekte aufgestellt würden. Ihm gehe es insbesondere darum, dass Thema kontinuierlich zu begleiten. So dann weist er darauf hin, dass der 17. Oktober zum einen ein Sonntag sei und zum anderen mitten in den Herbstferien liege.

Abg. Jansen stimmt den Ausführungen des Abg. Baasch zu. Außerdem kritisiert sie den Antrag der Koalitionsfraktionen. Vor dem Hintergrund zunehmender Armut hätte man das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung zum Anlass nehmen können, auch mit Geldern der Europäischen Union Neues anzustoßen. Aus der Tatsache, dass Armut trotz einer Reihe bestehender Maßnahmen nicht abnehme, folgere sie, dass die getroffenen Maßnahmen nicht griffen. Sie halte Maßnahmen und Initiativen vor Ort für notwendig, um nicht nur den Blick der Öffentlichkeit darauf zu richten, sondern auch um praktische Hilfe zu leisten.

Abg. Andresen hält die Durchführung einer Veranstaltung im Landeshaus nicht für ausreichend. Das sei nicht ausreichend, wenn man an das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung denke. Dieses Jahr sei vielmehr eine Chance, nicht nur das Thema ins Bewusstsein der Bevölkerung zu tragen, sondern auch um konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Er denke beispielsweise an Projekte auch in Kooperation mit Schulen.

Abg. Klahn fragt, welche Projekte hätten beantragt werden müssen, um im diesen Jahr durchgeführt zu werden, und welche Projekte gezielt zu diesem Thema vorhanden seien. Auch sie begrüßt, dass die Öffentlichkeit auf das Thema aufmerksam gemacht werden solle, stellt allerdings die Frage, welches das richtige Medium und ob dies Aufgabe des Landes sei. Vor diesem Hintergrund begrüßt sie den Vorschlag der Abg. Sassen, eine entsprechende Veranstaltung im Landeshaus durchzuführen. Auch den vorgeschlagenen Termin dafür hält sie für sinnvoll.

Die Einrichtung eines Beirats, wie von der Opposition gefordert, hält sie für überflüssig. Bereits jetzt könnten die Verbände auf freiwilliger Basis zusammenarbeiten beziehungsweise selbst einen Beirat zu gründen. Eine Initiative des Landes dazu sei nicht erforderlich.

Abg. Meyer hält Projekte und Strategien für erforderlich, die über das Jahr 2010 hinausgingen. Der auch von ihm eingebrachte Eintrag habe unter anderem das Ziel, die betroffenen Gruppen zu beteiligen. Auch in dem Antrag der Koalitionsfraktionen sei von den beteiligten Gruppen die Rede. Das seien aber genau die Gruppen, die auf kommunaler Ebene am ehesten von Kürzungen bedroht seien und deren Arbeit gefährdet sei.

Auch Abg. Dr. Bohn weist auf die Finanzlage der Kommunen hin. Sodann gibt sie ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, dass das gesamtgesellschaftliche Interesse an diesem Thema nicht mehr in den Vordergrund gestellt werde. Sie begrüßt die laufenden Projekte, hält eine Veranstaltung zu diesem Thema allerdings nicht für ausreichend. Sie habe nicht den Eindruck, dass es im Rahmen dieser Diskussion gelinge werde, auf eine Linie zu kommen. Sie regt an, gemeinsam mit den Verbänden zu versuchen, eine kostenneutrale Lösung zu finden, über Parteigrenzen hinweg nach Möglichkeit mit den Kommunen gemeinsam Armut und soziale Ausgrenzung weiter zu bekämpfen.

Abg. Sassen macht deutlich, die von ihr vorgeschlagene Veranstaltung - nach Möglichkeit unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten - könne ein Signal setzen, das Thema auch in die Kommunen hineinzutragen.

M Dr. Garg wendet sich zunächst den Ausführungen der Abg. Jansen zu und legt dar, europaweit stünden von europäischer Ebene 23 Millionen € für das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung zur Verfügung. Auf Schleswig-Holstein entfielen ungefähr 44.000 €. Für fast genau diese Summe sei ein Projekt der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein bewilligt worden mit dem Titel Förderung von Grundschulkindern und Eltern mit Migrationshintergrund. Es laufe vom 1. Februar bis 31. Dezember 2010. Die Bewilligung sei über das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erfolgt. Begleitet werde das Programm vom Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration.

Eine Antragsstellung von Mitteln im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung im laufenden Haushaltsjahr sei nicht mehr möglich.

Die ehemalige Schleswig-Holsteinische Landesregierung habe den Schwerpunkt Bekämpfung von Kinderarmut in den Fokus genommen. Im Sommer 2008 sei vom Europäischen Parlament das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung ausgerufen worden. Zum damaligen Zeitpunkt habe die Landesregierung Schleswig-Holstein die Position vertreten, dass diese Schwerpunkte sich in den jeweiligen fachlichen Strategien, die bereits lange angelegt seien, wiederfinden und schwerpunktmäßig die Strategien des Sozialministeriums zur Bekämpfung von Kinderarmut weitergeführt werden sollten. Die zum damaligen Zeitpunkt sozialdemokratisch geführten Landesministerien hätten die Auffassung vertreten, dass eigenständige Aktionen purer Aktionismus seien.

Das Land Schleswig-Holstein habe eine Strategie zur Inklusion von Kindern entwickelt, die fortgeführt werden solle. Diese umfasst eine Reihe von Programmen. Die Landesregierung habe diese Projekte zur sozialen Inklusion von Kindern auch im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung unter der Schwerpunktsetzung Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung von Kindern fortgesetzt und die Offensive gegen Kinderarmut im Rahmen des Kinder- und Jugend-Aktionsplanes weiterentwickelt. Dazu arbeiteten die beteiligten Ressorts Soziales, Gleichstellung, Integration und Bildung zusammen. Auch die Tarifpartner seien involviert.

Er könne nicht erkennen, dass es keine Strategie gegeben habe. Man könne sich aber sicherlich darüber unterhalten, ob diese Strategie zielführend gewesen sei. Vom Ansatz her halte er sie aber für richtig.

Abg. Baasch erklärt, es spreche nichts gegen eine Veranstaltung im Landeshaus unter Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten am 17. Oktober oder um den 17. Oktober herum.

Er sei sich auch sicher, dass die Fraktionen Bemühungen unterstützen würden, entsprechende finanzielle Mittel dafür bereitzustellen.

Auch er halte die Strategien, die von der Vorgängerregierung und der Übergangsregierung verfolgt worden seien, für richtig. Das Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung wäre allerdings geeignet gewesen, diese Projekte miteinander zu verbinden, Erfahrungen auszutauschen und Strategien zu verbinden. Sollten die Äußerungen des Ministers in diese Richtung zu verstehen sein, habe er die Unterstützung seiner Fraktion.

Auf den Vorschlag der Abg. Klahn eingehend, dass Verbände auch freiwillig zusammenarbeiten könnten, führt er aus, dass dies nicht genug sei. Das Land sollte diese Arbeit koordinieren und dazu auffordern, Erfahrungen auszutauschen. Alle bisher laufenden Maßnahmen sollten nicht nur gewürdigt werden, sondern sie sollten sich auch weiterentwickeln können. Er geht auf den von der Bundesregierung aufgelegten nationalen Plan zur Umsetzung des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung ein und möchte wissen, in welcher Form sich die Landesregierung daran beteiligt.

Abg. Kalinka macht darauf aufmerksam, dass es bezüglich der regionalen Strategien Handlungsmaxime gebe. Seiner Auffassung nach bestehe ein Analysedefizit. Das zeige sich beispielsweise daran, dass die Landesregierung drei Jahre gebraucht habe, um den in der letzten Legislaturperiode eingeforderten Kinderschutzbericht vorzulegen. Unstrittig sei, dass es Handlungsnotwendigkeiten gebe. Man müsse allerdings auch zur Kenntnis nehmen, dass, wenn mehr Aktivitäten geplant seien, dafür mehr Geld zur Verfügung gestellt werden müsse. Insofern erkenne er in dem von den Oppositionsfraktionen vorgelegten Antrag keine weiterführenden Aspekte.

Nach den Worten des Abg. Andresen geht es darum, zu erkennen, was getan werden könne, um Armut als Problem in der Bevölkerung anzuerkennen und welche Maßnahmen ergriffen werden könnten. Dies sollte gemeinsam getan werden, und zwar auch mit den Verbänden.

M Dr. Garg macht deutlich, es gehe grundsätzlich um die Frage, was man unter dem Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung verstehe. Es sei kein Jahr, um neue Ideen und Projekte zu erfinden. Dieses Jahr sei vom Europäischen Parlament ausdrücklich zu dem Zweck ausgerufen worden, um die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren. Es sei auch ausgerufen worden, um zusammenzutragen, was in den einzelnen Mitgliedstaaten und in den einzelnen föderalen Gliedstaaten in den einzelnen Mitgliedstaaten geschehe.

Frau Sydow aus dem Sozialministerium berichtet, zur Umsetzung des Europäischen Jahres 2010 habe die Bundesregierung in Gestalt des Bundesarbeitsministeriums eine nationale Durchführungsstelle gebildet. Sie habe im März 2009 die Bundesländer zur Abstimmung einer gemeinsamen Strategie eingeladen. Von den sieben vom Europäischen Parlament benannten Schwerpunktthemen seien drei ausgewählt worden. Alle Bundesländer hätten sich darauf verständigt, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit für die Anliegen vor allem der Folgeprobleme von Kinderarmut zu machen und Gegenstrategien zu entwickeln.

In Schleswig-Holstein würden die Projekte zur sozialen Inklusion auf Landesebene durchgeführt. Darüber hinaus gebe es viele regionale Aktivitäten.

Im Rahmen der letzten Bundessozialministerkonferenz sei ein einstimmiger Beschluss dahin gefasst worden, eine Unterarbeitsgruppe einzurichten, um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. In dieser Unterarbeitsgruppe arbeitet das Land Schleswig-Holstein mit.

Das mediale Konzept der Bundesregierung werde durch eine eigenständige Webseite des Landes begleitet werden, die derzeit aufgebaut werde. Dort solle auf verschiedene Projekte hingewiesen werden.

Es sollten Aktivitäten zur nationalen Armutswoche erfolgen. Im Juni solle das nationale Armutskomitee veranstaltet werden. Außerdem werde daran gedacht, im Rahmen des Europäischen Jahrs ein Expertenhearing zur Frage zu veranstalten, was ein Kind - nicht nur materiell - brauche, um teilhaben zu können und Chancengerechtigkeit zu erleben.

Der Vorsitzende schlägt vor, er werde bis zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses ein Gespräch mit dem Landtagspräsidenten über eine mögliche Veranstaltung im Landeshaus, die möglichst kostenneutral sei, führen, auch darüber, ob die Möglichkeit bestehe, ein Konzept zu entwickeln, eine Veranstaltung am Tag der Armut oder in dessen zeitlicher Nähe umzusetzen, und dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung darüber zu berichten.

Abg. Sassen betont, dass es bereits Konzepte und Strategien im Land Schleswig-Holstein gebe. Ihre Fraktion wolle mit der Schwerpunktsetzung Öffentlichkeitsarbeit mit dazu beitragen, das Bewusstsein in der Bevölkerung zu stärken. Sodann macht sie an die Oppositionsfraktionen das Angebot, gegebenenfalls einen gemeinsamen Antrag zu diesem Thema zu erarbeiten.

Abg. Klahn legt dar, es sei deutlich geworden, dass es eine Strategie gebe. Im Übrigen hätte es bereits in der letzten Legislaturperiode die Möglichkeit gegeben, einen Beirat einzurichten.

Sie merkt ferner an, dass auch über eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung Gespräche mit Organisationen anberaumt werden könnten. Außerdem richtet Sie an das Ministerium die Erwartung, dass die laufenden Projekte evaluiert werden.

Abg. Jansen vertritt die Auffassung, auch die Vorgängerregierung habe nicht genügend dafür getan, die Kinderarmut zu bekämpfen. Auch sie spricht sich für Öffentlichkeitsarbeit aus, um das Thema in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Das halte sie aber nicht für ausreichend. Sodann spricht sie den finanziellen Aspekt an und bestätigt, dass mehr Geld benötigt werde. Beispielhaft macht sie das an dem Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ deutlich. Nicht alle Kinder, denen dies zugute kommen sollte, komme es zugute, weil der Kostenbeitrag, der zu leisten sei, von vielen Familien nicht zu erbringen sei. Das Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung sollte auch dazu genutzt werden, Projekte zu überprüfen.

Abg. Tenor-Alschausky hält es für wenig hilfreich, Vergangenheitsbewältigung zu machen. Für sinnvoller halte sie es, diese Diskussion mit der aktuellen politischen Diskussion zu begleiten. Derzeit befinde man sich in einer Zeit des Umbruchs, den es zu begleiten gelte. Auch wenn die Initiativen hilfreich seien, änderten sie nichts an der Struktur, dass es Kinderarmut gebe, die anders bekämpft werden müsse. Sie begrüßt, dass die Projekte auf ihre Wirksamkeit hin ausgewertet werden sollen. Ihr selbst komme im Rahmen dieser Diskussion die europäische Dimension zu kurz.

Abg. Heinemann bezieht sich auf die Ausführungen der Frau Sydow und merkt dazu an, dass die in dem Antrag der Oppositionsfractionen erwähnten Forderungen im Prinzip auf den Weg gebracht würden. Wichtig sei, die Erfahrungen, die aus den Projekten zur Armutsbekämpfung vorlägen, zusammenzutragen. Vor diesem Hintergrund würde auch er begrüßen, wenn es gelänge, dem Landtag eine gemeinsame Beschlussempfehlung zuzuleiten.

Abg. Baasch meint, die Ausführung des Ministeriums macht deutlich, dass der Antrag der Oppositionsfractionen genau auf den Punkt komme. Er könne sich durchaus damit einverstanden erklären, diesen um einen weiteren Punkt zu ergänzen, der eine gemeinsame Veranstaltung im Landtag vorsehe.

Abg. Kalinka dagegen meint, sofern die in dem Antrag der Koalitionsfraktion erwähnten Punkte bereits umgesetzt würden, könne der Antrag für erledigt erklärt werden.

M Dr. Garg stellt klar, ihm sei kein Beirat bekannt, wie er von den Oppositionsfractionen gefordert werde. Insofern seien nicht alle in dem Antrag genannten Forderungen umgesetzt.

Es gebe seitens der Landesregierung auch nicht den Wunsch, einen solchen Beirat zu etablieren.

Er bietet ferner an, nach der Sommerpause über die Erfahrungen über das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu berichten.

Abg. Dr. Bohn macht deutlich, ihre Fraktion unterstütze den Antrag Drucksache 17/57. Mit der Annahme dieses Antrags hätte ein Signal gesetzt werden können, wenn dieser gemeinsam angenommen würde. Sie habe allerdings derzeit nicht den Eindruck, dass man zu einer gemeinsamen Formulierung kommen könne. Sie begrüßt, dass man gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt einen gemeinsamen Antrag formulieren könne. Im Übrigen regt sie Abstimmung in der Sache an.

Abg. Klahn meint, das Europäische Jahr 2010 habe den Auftrag, die Öffentlichkeit für das Thema Armut und soziale Ausgrenzung zu sensibilisieren. Dafür würde Schleswig-Holstein von europäischer Ebene 44.000 € zur Verfügung gestellt. Sie begrüße, dass diese Mittel in ein konkretes Projekt fließen. Der Formulierungsvorschlag der Koalitionsfraktionen beziehe ich mich auf das, was gegenwärtig getan werden könne, um das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu stärken. Etwas anderes sei im Moment nicht leistbar. Sie sehe auch keine Chance, ein weiteres Projekt durchzuführen.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW den Änderungsantrag Drucksache 17/59 an.

Er beschließt sodann mit Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Landtag die Annahme des Antrags in der Fassung der Drucksache 17/59 zu empfehlen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Keine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke

Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/79

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/214

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/218

(überwiesen am 27. Januar 2010)

Der Vorsitzende schlägt - auch vor dem Hintergrund einer möglichen thematischen Neuschneidung der Ausschüsse - vor, den Wirtschaftsausschuss zu bitten, ein Votum zu den vorliegenden Anträgen einzuholen.

Nach einer kurzen Debatte über diesen Vorschlag kommt der Ausschuss überein, seine Beratungen bis nach der März-Tagung des Landestages zurückzustellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Foto für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit des Landtages

Der Ausschuss verständigt sich auf den Beginn der nächsten Ausschusssitzung als Fototermin.

b) Bundeswahlbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen

Der Vorsitzende teilt dem Ausschuss mit, dass der Bundeswahlbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen angeboten habe, dem Ausschuss über seine Arbeit zu informieren.

c) Kongress „Vernetzte Gesundheit“

M Dr. Garg gibt einen Überblick über die Kosten des Kongresses „Vernetzte Gesundheit“. Die genannten Fakten sowie Antworten auf weitergehende Fragen wie beispielsweise nach einzelnen Positionen, Sponsoren und Kongressgebühren sind Umdruck 17/425 zu entnehmen.

M Dr. Garg macht darauf aufmerksam, dass jeder fünfte Arbeitsplatz in Schleswig-Holstein an der Gesundheitsbranche hänge. Auch die neue Landesregierung habe sich zum Ziel gesetzt, diese Branche als Wachstumsbranche zu begreifen und alles zu tun, damit Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Es werde in Zukunft aber mit Sicherheit keinen Kongress unter seiner Federführung geben, der aus Steuermitteln in Höhe von etwa 200.000 € finanziert werden werde. Sollte die Möglichkeit bestehen, einen solchen Kongress mit Sponsorengeldern zu finanzieren, werde dies getan werden. Er bitte darum, keine Diskussion zu führen, die etwas kaputtrede, das mühsam und langsam aufgebaut worden sei. Er, M Dr. Garg, nehme auch die Anregung aus dem Ausschuss auf, bei einem möglichen künftigen Kongress Teilnehmergebühren zu erheben.

Abg. Klahn hält es für sinnvoll, die für diesen Kongress entstandenen Kosten zu hinterfragen. Sie bedauert, dass eine Diskussion initiiert werde mit dem Tenor, dass M Dr. Garg die Ausgabe hätte verhindern können. Nach ihrer Auffassung wäre es nicht sinnvoll gewesen, den Kongress bei entstehenden Kosten in Höhe von 160.000 € abzusagen.

M Dr. Garg legt weiter dar, dass die Landesmittel aus dem Schleswig-Holstein-Fonds stammen. Dieser sei 2009 ausgelaufen.

Abg. Kalinka hält einen Gesundheitskongress in Schleswig-Holstein, der Kosten in der genannten Größenordnung verursache, nicht für notwendig.

M Dr. Garg macht darauf aufmerksam, dass der Haushaltsgesetzgeber die Mittel für diesen Kongress in den Haushalt eingestellt habe.

Abg. Baasch hält es im Grundsatz für richtig, Kongresse auszurichten, und macht darauf aufmerksam, dass von solchen Kongressen auch andere Wirtschaftszweige wie beispielsweise die örtliche Wirtschaft und die Hotelbranche partizipierten.

Sodann findet im Ausschuss ein kurzer Meinungs austausch über die Sinnhaftigkeit der Werbung von Sponsoren statt, die sich ebenfalls aus öffentlichen Mittel finanzierten.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin